

## Vizepräsidentin Petra Pau

(A)	Dr. Petra Sitte Kersten Steinke Dr. Kirsten Tackmann Azize Tank Frank Tempel Dr. Axel Troost Alexander Ulrich Kathrin Vogler Dr. Sahra Wagenknecht Halina Wawzyniak Katrin Werner Birgit Wöllert Jörn Wunderlich Hubertus Zdebel	Pia Zimmermann  <b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>  Sylvia Kotting-Uhl Christian Kühn (Tübingen) Monika Lazar Peter Meiwald Beate Müller-Gemmeke Lisa Paus Corinna Ruffer Dr. Wolfgang Strengmann- Kuhn Hans-Christian Ströbele	Dr. Harald Terpe  <b>Enthalten</b>  <b>SPD</b> Sönke Rix Ewald Schurer Sonja Steffen  <b>BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN</b>  Agnieszka Brugger Katja Dörner	Katharina Dröge Harald Ebner Matthias Gastel Bärbel Höhn Uwe Kekeritz Katja Keul Sven-Christian Kindler Maria Klein-Schmeink Irene Mihalic Özcan Mutlu Ulle Schauws Dr. Julia Verlinden	(C)
-----	---	---	---	--	-----

Ich rufe den Zusatzpunkt 5 auf:

**Aktuelle Stunde**

auf Verlangen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

**Haltung der Bundesregierung bei der Zulassung der Genmaislinie 1507 und zur Sicherstellung der Wahlfreiheit in Bezug auf gentechnikfreie Lebensmittel**

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Harald Ebner für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Harald Ebner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Vorab herzliche Glückwünsche an unseren neuen Minister Schmidt! – Er ist nicht da.

(B)

Was für ein Start der Großen Koalition! Nach rekordverdächtigen 59 Tagen ist der erste Minister weg, und in der letzten Woche hat sie schon die erste historische Chance verpasst, in Europa eine Ablehnung der Gentechnik zu erreichen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verpasst! Versemmeld! Auf Ihre Kappe geht es, wenn im nächsten Jahr gentechnisch veränderter Mais auf unseren Äckern wächst. Es ist kurios, wie Sie sich jetzt herausreden wollen. Sie tun so, als ob Ihr Abstimmungsverhalten im Rat in Brüssel keine Rolle gespielt hätte. Das Ergebnis lehrt uns anderes. 19 von 28 Staaten haben gegen die Zulassung gestimmt. Das ist eine überwältigende Mehrheit. Nur 50 Stimmen haben gefehlt, davon 29 von Deutschland. Die Bundeskanzlerin war doch bei den CO<sub>2</sub>-Grenzwerten für Pkw auch nicht zimperlich, Deutschlands Gewicht in die Waagschale zu werfen. Aber hier hat sie die Hände in den Schoß gelegt, um sie hinterher in Unschuld zu waschen. Das lassen Ihnen die Menschen in diesem Land nicht durchgehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Gänzlich unbeschwert kommt jetzt die CSU daher. Ich zitiere:

Die CSU sagt klipp und klar Nein zu den Genmais-Beschlüssen der EU. ... Bayern muss frei bleiben von Gentechnik. ... Was auf unseren Äckern und

Feldern angebaut wird, bestimmen wir selbst und nicht EU-Bürokraten ...

(Artur Auemhammer [CDU/CSU]: Jawohl!)

So der *Bayernkurier* am Samstag.

Wo sind wir denn? Sind wir bei Grimms Märchen? Wollen Sie Ihre Kanzlerin jetzt als EU-Bürokratin abkanzeln? Sie ist doch für die Zulassung verantwortlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt wie bei Ausländermaut und Flüchtlingen Europa-Bashing zu betreiben, hätten Sie doch jetzt zu Ihrer Verantwortung stehen und mit Ihrem Lieblingskoalitionspartner SPD einen Beschluss gegen den Genmais herbeiführen müssen.

(Ute Vogt [SPD]: Was für eine Trauerarbeit!)

In Brüssel dafür, in Bayern dagegen: Das ist doch nur noch peinlich.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bevor Sie weiter Sprüche à la „in Bayern nicht“ klopfen, schenken Sie den Menschen doch reinen Wein ein. Für regionale Anbauverbote gibt es doch überhaupt keine Rechtsgrundlage. Sie gackern über ungelegten Eiern.

Aber es kommt noch besser: Für ein nationales Anbauverbot wollen ja weder der CSU-Agrarminister noch die SPD-geführten Ministerien – Wirtschaftsministerium, Umweltministerium – die notwendigen Daten erheben. Ihnen reicht die Bewertung der EFSA. Was denn jetzt? Sie sind gegen die Zulassung, aber für die EFSA-Bewertung. Wer soll denn das jetzt glauben?

Schauen wir einmal auf die Fakten. Pollen der Genmaislinie 1507 sind 350-mal giftiger als die des Veters MON 810, der unter Kanzlerin Merkel wegen Risiken für die Umwelt verboten worden ist. Sogar die gentechnikfreundliche EFSA hat Auflagen zum Schutz von Naturschutzgebieten und Schmetterlingen gefordert. Die fehlen im Zulassungsvorschlag der Kommission. Das Bundesamt für Naturschutz stellt fest: Es gibt keine ausreichende Risikoprüfung, es gibt kein ausreichendes Risikomanagement. Von der Glufosinattoleranz will ich

(D)

**Harald Ebner**

- (A) noch gar nicht reden. Und Sie wollen den Menschen weismachen, alles wäre in Ordnung?

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt die eigene Fachbehörde zu ignorieren und die Zulassung durchzuwinken, hätte die Bundesregierung in Brüssel entschlossen mit Nein stimmen müssen. Das ist das, was die Menschen von Ihnen erwartet hätten.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wer braucht denn den Merkel-Mais? „Report München“ brachte es am Dienstag auf den Punkt. Hinter den Heilsversprechen der Gentechlobby steckt genau: nichts. Die Wirksamkeit gegen Maisschädlinge ist in Brasilien schon nach zwei Jahren dahin. Dort werden mehr Pestizide eingesetzt, nicht weniger. Jahr für Jahr steigt die Anwendung. Was nutzt denn der ganze Zirkus? Das braucht kein Mensch.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir brauchen nicht noch mehr industriellen Maisanbau in Europa. Wir brauchen vernünftige Fruchtfolgen und Alternativen zum chemischen Pflanzenschutz. Glaubt die Kanzlerin denn ernsthaft an die Märchen der Gentechlobby von höheren Erträgen und trockenoleranten Wunderpflanzen? Nach 20 Jahren Gentechanbau herrscht hier völlige Fehlanzeige. Wir haben genug normal gezüchtete Maissorten am Markt, die trockenolerant sind, aber nur eine einzige gentechnisch veränderte.

- (B) Wenn Sie also wirklich etwas für die Welternährung tun wollen, dann kümmern Sie sich um die Umsetzung des TAB-Berichts zur Welternährungsforschung und des Weltagrarberichtes.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Die Abstimmung im Rat haben Sie jetzt verbockt. Wir wollen für alle in diesem Land die Wahlfreiheit, sich auch künftig für gentechnikfreie Produkte entscheiden zu können. Da geht es demnächst auch um die Kennzeichnungspflicht für gentechnisch veränderten Honig. Wir erwarten von Ihnen die Prüfung der Möglichkeiten einer Klage gegen die Zulassung von Genmais, den Schutz der Honigrichtlinie vor Aufweichung und die Aussetzung der Verhandlungen zum Freihandelsabkommen zwischen EU und USA, weil mit diesem Abkommen die europäischen Gentechnikstandards umgangen werden könnten. Damit können Sie etwas für die Gentechnikfreiheit und für die Wahlfreiheit in Europa tun.

Danke schön.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie  
bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Parlamentarische Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD sowie  
bei Abgeordneten)

**Dr. Maria Flachsbarth**, Parl. Staatssekretärin beim Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft: (C)

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auf der Tagung des Rates für Allgemeine Angelegenheiten am 11. Februar, also in der letzten Woche, wurde der Vorschlag der Europäischen Kommission zur Anbauzulassung für die gentechnisch veränderte Maislinie 1507 erörtert. Da der Ministerrat am 11. Februar mangels formaler Abstimmung keine Stellungnahme abgegeben hat, liegt die endgültige Entscheidung über die Anbauzulassung nun in den Händen der Europäischen Kommission. Deutschland hat sich im Rat für Allgemeine Angelegenheiten aufgrund unterschiedlicher Auffassungen innerhalb der Bundesregierung der Stimme enthalten.

Viele Verbraucherinnen und Verbraucher, aber auch Landwirte in unserem Land verbinden mit einem Anbau der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 wesentlich mehr Sorgen als die Hoffnung auf einen möglichen Nutzen. Diese Sorgen nimmt die Bundesregierung sehr ernst.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Oh! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist schön! Aber es gibt ja noch nichts!)

Auf der anderen Seite, liebe Kollegen von den Grünen, ist zu berücksichtigen, dass sich die EU-Kommission bei ihrem Vorschlag auf insgesamt sechs Stellungnahmen der Europäischen Behörde für Lebensmittelsicherheit, also der EFSA, stützen kann, wonach im Ergebnis der Anbau der gentechnisch veränderten Maislinie 1507 keine höheren Risiken für die Umwelt zur Folge hat als der Anbau von herkömmlichem Mais. (D)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Also verteidigen Sie das jetzt! Halten Sie den jetzt für harmlos?)

Außerdem wurde in den Beratungen darauf hingewiesen, dass es in der EU bereits rund 30 gentechnisch veränderte Maislinien gibt, die eine Zulassung als Lebensmittel und Futtermittel haben, darunter eben auch diese Maislinie 1507, die 2005 als Futtermittel und 2006 als Lebensmittel zugelassen worden ist.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das macht es aber nicht besser!)

Eine erforderliche Mehrheit gegen die Anbauzulassung der Maislinie 1507 ist dann im Rahmen des im Rat für Allgemeine Angelegenheiten unter den Mitgliedstaaten eingeholten Meinungsbildes nicht zustande gekommen. Sie wäre übrigens auch nicht zustande gekommen, lieber Herr Kollege Ebner, wenn Deutschland gegen die Zulassung votiert hätte.

(Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was haben Sie denn dafür getan? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich sage nur: CO<sub>2</sub>-Grenzwerte!)

Es ist nun vielmehr davon auszugehen, dass die Kommission den Vorschlag zur Zulassung des Anbaus dieser

Parl. Staatssekretärin Dr. Maria Flachsbarth

- (A) Maislinie veröffentlicht. Dabei bleibt abzuwarten, wann das definitiv passieren wird.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nach der Europawahl!)

Unser Haus, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, geht davon aus, dass aufgrund der zeitlichen Verläufe der Mais in dieser Legislaturperiode ganz sicher nicht mehr angebaut werden wird.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Sie warten erst noch die Wahl ab!)

Ein möglicher Anbau würde dann 2015 – das wissen Sie – auf sehr restriktive Haftungsregeln des Gentechnikgesetzes in Deutschland treffen, die wir hier aus gutem Grund miteinander verabschiedet haben.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: MON 810 wurde auch angebaut!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Bundesregierung tritt für eine EU-Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren ein, die mit gentechnisch veränderten Pflanzen gefüttert werden. Das haben die Regierungsparteien, also die Unionsparteien und die SPD, im Koalitionsvertrag miteinander vereinbart. Darüber hinaus hat die Bundesregierung in ihrem Koalitionsvertrag festgeschrieben, dass an der Nulltoleranz gegenüber nichtzugelassenen gentechnisch veränderten Bestandteilen in Lebensmitteln und an der Saatgutreinheit selbstverständlich festgehalten wird.

- (B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: An der Nulltoleranz? Das wäre schön!)

Die derzeit geltenden gemeinschaftsrechtlichen Kennzeichnungsregelungen gehen nach der Auffassung der Bundesregierung und der Koalitionsfraktionen aber nicht weit genug. Denn danach erfolgt der Schutz der Rechte der Verbraucher durch die nach EU-Recht geltende Zulassungspflicht sowie durch die daneben bestehende Kennzeichnungspflicht von Futter- und Lebensmitteln, die aus gentechnisch veränderten Organismen entweder direkt hergestellt werden, diese enthalten oder aus diesen bestehen.

Ausgenommen von der Kennzeichnungspflicht sind Futter- und Lebensmittel – das ist wahrscheinlich bekannt –, deren gentechnisch veränderter Anteil zufällig oder aber technisch unvermeidbar und nicht höher als 0,9 Prozent ist. Diese Ausnahmen gelten selbstverständlich nur für solche gentechnisch veränderten Organismen, die auf europäischer Ebene zugelassen sind und somit kein Sicherheitsrisiko darstellen.

Die Bundesregierung ist der Auffassung, dass Milch- und Fleischprodukte von Tieren, die mit gentechnisch veränderten Futtermitteln gefüttert wurden, ebenfalls gekennzeichnet werden müssen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir warten auf Sie!)

(C) Eine solche umfassende Positivkennzeichnung würde eine vollständige Verbrauchertransparenz im Hinblick auf die Verwendung von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion bewirken.

Um bereits vor der Einführung einer solchen umfassenden Kennzeichnung auf europäischer Ebene – Sie wissen, wie lange das dauern kann – mehr Klarheit über die Verwendung von Gentechnik in der Lebensmittelproduktion zu schaffen, ist in Deutschland schon am 1. Mai 2008, also nunmehr vor sechs Jahren, die nationale Regelung mit der freiwilligen „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung in Kraft getreten. Diese Kennzeichnung ermöglicht Verbraucherinnen und Verbrauchern, sich durch ihre Kaufentscheidung für Produkte mit dem „Ohne Gentechnik“-Siegel gezielt gegen den Anbau und gegen die Verwendung gentechnisch veränderter Nutzpflanzen als Lebensmittel oder Futtermittel aussprechen zu können.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie haben das nicht finanziell unterstützt! Das ist armselig!)

Zur Erhöhung von Transparenz und Information und zur Stärkung der Wahlfreiheit unterstützen die Bundesregierung und insbesondere mein Haus, das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft, deshalb die breitere Anwendung der „Ohne Gentechnik“-Kennzeichnung.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD)

(D) **Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die Fraktion Die Linke hat nun die Kollegin Dr. Kirsten Tackmann das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

**Dr. Kirsten Tackmann (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Gäste! Meine Damen und Herren von der Union, ich verstehe Ihren Phantomschmerz bei diesem Thema. Ich glaube, dass Sie gerade in dieser Debatte die FDP schmerzlich vermissen. Aber die Kanzlerin tritt ja dieses politische Erbe an, wie wir aus gut unterrichteten Kreisen vernommen haben. Zu dumm nur, dass mit der deutschen Enthaltung in Brüssel der Koalitionsvertrag schon gebrochen ist, kaum dass die Tinte richtig trocken ist. Die Demontage des Agrarministers hat auch gleich stattgefunden, der ja explizit gegen die Zulassung des Mais 1507 war.

Schlimmer ist aber, dass sich damit Deutschland in der EU isoliert. 19 Mitgliedstaaten haben die Anbauzulassung abgelehnt, nur fünf waren dafür, darunter Schweden und Finnland, deren Maisanbau, wie man sagen muss, ein sehr übersichtliches Ausmaß hat.

Schade, dass das Zulassungsverfahren für diesen Mais noch nach den vor den Lissabonner Verträgen geltenden Regularien stattfindet. Danach kann die EU-Kommission noch allein entscheiden, weil keine Zweidrittelmehrheit der Stimmen der Mitgliedstaaten gegen

**Dr. Kirsten Tackmann**

- (A) die Zulassung gegeben ist. Nach den neuen Lissabonner Regeln müsste der EU-Agrarrat, also alle Landwirtschaftsminister der Mitgliedstaaten, mit EU-Parlament und unter Vermittlung der EU-Kommission in einen sogenannten Trilog treten. Das ist ein kleiner, wenn auch durchaus wichtiger demokratischer Fortschritt, zumal das EU-Parlament gerade klar gefordert hat, alle Zulassungsanträge für Genmais oder für gentechnisch veränderte Pflanzen auf Eis zu legen. Diese Position teilen wir von den Linken vollständig.

(Beifall bei der LINKEN)

Das Brüsseler Abstimmungsergebnis zeigt vor allen Dingen drei Dinge:

Erstens. Es geht gar nicht um diesen Mais. Dessen Zulassung soll vielmehr der Türöffner sein für sieben weitere Anbauzulassungen, die noch in der Pipeline sind. Das muss verhindert werden.

(Beifall bei der LINKEN)

Zweitens. Deutschland hat mit seiner Enthaltung die Anbauzulassung erst ermöglicht. Deutschlands Nein allein hätte keine qualifizierte Mehrheit dagegen bedeutet, aber die Kanzlerin – sie ist auch sonst nicht so bescheiden – hat doch politisches Gewicht in Europa und in der Welt. Deshalb wäre es ein starkes Signal gewesen, wenn Deutschland Nein gesagt hätte.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

- (B) Dies gilt übrigens auch für das Freihandelsabkommen mit den USA. Vielleicht war gerade dieses Signal nicht gewollt. Genau das ist inakzeptabel.

(Beifall bei der LINKEN)

Drittens. Gerade weil das EU-Parlament künftig ein Mitspracherecht hat, sage ich für die Linke: Augen auf bei der EU-Wahl!

(Beifall bei der LINKEN)

Die Befürworter der Gentechnik und ihre Freunde von der CDU behaupten, die Agrogentechnikgegnerinnen und -gegner hätten keine Ahnung und seien ideologisch so verblendet, dass sie die Beglückungen der Agrogentechnik nicht erkennen würden. Deswegen reden wir doch einmal Klartext. Der Mais 1507 macht die Kritik übrigens besonders leicht. Selbst viele Länderagrarminister haben die Gefolgschaft verweigert. Der Mais 1507 hat gleich zwei gentechnische Veränderungen:

Zum einen ist er resistent gegen den Unkrautvernichter Glufosinat. Wozu ist das gut? Man kann mit Glufosinat alle Pflanzen auf dem Acker totspritzen. Nur der gentechnisch veränderte Mais kann auf diesem Acker wachsen. Ich finde das gruselig. Aber es kommt noch viel absurder: Glufosinat ist schon seit November 2013 in Deutschland für den Maisanbau und ab 2017 in der gesamten EU verboten, weil es so giftig ist. Wer braucht – außer Pionier – einen solchen Mais?

Zum anderen produziert der Mais ein Bakterientoxin, das die Raupen des Maiszünslers abtöten soll. Das ist so ähnlich, als ob man eine Kuh genetisch verändert, damit

sie ihr eigenes Antibiotikum produziert. Das ist absurd und unverantwortlich. (C)

(Beifall bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber es geht noch absurder. Ein ähnliches Toxin produziert der Mais MON 810 – Herr Ebner hat gerade darauf hingewiesen –, dessen Anbau die Bundesregierung aus gutem Grund längst verboten hat. Das Gift wirkt nicht nur gegen den Maiszünsler, sondern auch gegen nützliche Insekten. Mais 1507 produziert aber noch sehr viel mehr Bakterientoxin. Deswegen ist es völlig logisch, dass man den Anbau dieser Maislinie jetzt ablehnt. *Report München* hat am vergangenen Dienstag sehr eindrucksvoll berichtet, dass in Brasilien wenige Jahre nach der Anwendung von Mais 1507 Resistenzen aufgetreten sind. Auch hier wieder: Wer braucht diesen Mais außer Pionier?

Abschließend noch zur Behauptung, die Wissenschaft habe alles geprüft und hielte das für unbedenklich. Es gibt seit Jahren massive Kritik am Zulassungsverfahren. Um nur die Hauptdefizite zu nennen: Es fehlen Langzeituntersuchungen und unabhängige Studien. Es fehlt Transparenz im Verfahren. Es fehlen Folgeabschätzungen für die gentechnikfreie Land- und Lebensmittelwirtschaft. Aber auch diese Defizite sind noch nicht alles. Die zuständige Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, steht unter dem klaren Verdacht, zu große Nähe zur Gentechniklobby zu haben. Also: Geprüft und für gut befunden? Das ist absurd.

Für die Linke sage ich ganz klar: Wir haben die Bundesregierung agrogentechnisch geprüft, aber nicht für gut befunden. (D)

Vielen Dank.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Die Kollegin Elvira Drobinski-Weiß hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Elvira Drobinski-Weiß (SPD):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuschauerinnen und Zuschauer auf den Tribünen! Ich gehe jetzt nicht auf die Haltung der Bundesregierung ein. Mir ist es wichtig, etwas zur Wahlfreiheit der Verbraucherinnen und Verbraucher zu sagen. Die Frau Staatssekretärin hat dieses Thema bereits gestreift.

Ich denke, es ist wichtig, dass wir zu einer sachdienlichen Arbeit zusammenfinden, an deren Ende Lösungen stehen, von denen die Verbraucherinnen und Verbraucher auch profitieren. Es muss jetzt darum gehen, dafür zu sorgen, dass hier kein gentechnisch veränderter Mais angebaut wird. Es ist schon gesagt worden: In diesem Jahr wird der Mais 1507 nicht mehr angebaut.

(Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber nicht Ihr Verdienst!)

**Elvira Drobinski-Weiß**

- (A) Aber wir müssen die Zeit nutzen, damit wir rechtzeitig zur nächsten Aussaat eine rechtssichere Regelung haben.

Zum Thema Opt-out und regionale Anbauverbote ist in der Presse viel zu lesen. Eine Ausstiegsmöglichkeit für einzelne Mitgliedstaaten ist aber immer nur die zweitbeste Lösung;

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die GVO-Verunreinigungen machen nicht an der Landesgrenze halt. Deshalb müssen wir uns auch weiterhin auf EU-Ebene für die Verbraucherinnen und Verbraucher einsetzen, die nicht nur in Deutschland, sondern in der ganzen EU mehrheitlich die Agrogentechnik ablehnen.

Wir sollten auch aufpassen, dass da keine Missverständnisse entstehen. Auf EU-Ebene liegt aktuell ein Vorschlag für eine Opt-out-Regelung vor. Er ist aus unserer Sicht indiskutabel. Denn er sieht vor, dass Mitgliedstaaten, die keinen GVO-Anbau wollen, mit dem Unternehmen, das den Antrag auf Zulassung einer Sorte gestellt hat, darüber verhandeln. Ich denke doch, da sind wir alle uns einig: Das wollen wir nicht.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann setzen Sie sich durch in der Koalition!)

Eine Regierung darf doch nicht vom Entgegenkommen eines Unternehmens abhängig sein.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

(B)

Das entspricht nicht unseren Vorstellungen von Souveränität und Demokratie. Aus guten Gründen hat deshalb auch die schwarz-gelbe Vorgängerregierung diese Regelung abgelehnt.

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Welcher Fraktion gehören Sie an?)

– Bitte hören Sie zu.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Der Ausgang solcher Verhandlungen ist absehbar; schließlich beantragt das Unternehmen ja gerade die Zulassung auf EU-Ebene, damit das Produkt auch angebaut werden kann. Ohne Gegenleistung geht da also gar nichts. Eine mögliche Gegenleistung könnte dann die Zustimmung der Regierung zur Zulassung auf EU-Ebene sein. Wollen Sie das? – Ich denke, das müssen wir ablehnen.

(Beifall der Abg. Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE])

Wenn wir eine Opt-out-Lösung, also eine Ausstiegsklausel wollen, dann sollte sich diese an den am 5. Juli 2011 vom Europäischen Parlament mit großer Mehrheit angenommenen Vorschlägen orientieren. Denn darin hat das Europäische Parlament die Vorlage für eine rechtssichere Begründung von Anbauverboten in einzelnen Mitgliedstaaten geliefert.

Eine andere Stellschraube bei der Sicherung der Wahlfreiheit ist Transparenz. Die bekommt man als Verbraucherin oder Verbraucher aber nur, wenn man beim Lebensmittelkauf selbst erkennen kann, ob ein Produkt GVO-verändert ist oder nicht. Wir, CDU, CSU und SPD, haben uns im Koalitionsvertrag darauf geeinigt, dass wir für eine EU-weite Kennzeichnungspflicht für Produkte von Tieren sind, die mit genveränderten Pflanzen gefüttert worden sind; die Staatssekretärin hat es auch schon erwähnt. Ich finde, das muss jetzt aktiv angegangen werden.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Macht mal einen Zeitplan!)

Denn wo landet der gentechnisch veränderte Mais? Na, klar: im Futtertrog. Aber leider können wir das nicht erkennen, wenn wir die Produkte kaufen; denn bei Milch, Eiern, Käse, Fleisch oder daraus gefertigten Produkten muss nicht angegeben werden, dass bei der Fütterung der Tiere GVO-veränderte Pflanzen verwendet worden sind.

Sie kennen die Umfragen, nach denen die Mehrheit der Bevölkerung GVO-Pflanzen ablehnt, auf dem Acker wie auch auf dem Teller. Ich finde, die Verbraucher sollen beim Einkauf endlich selbst entscheiden können, was sie kaufen wollen. Das können wir nur mit einer entsprechenden Kennzeichnung erreichen. Dafür setzen wir, CDU/CSU und SPD, uns gemeinsam ein.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie gegen Gentechnik insgesamt beim letzten Mal!)

(D)

Das wird die Bundesregierung auf EU-Ebene angehen.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann wünsche ich gutes Verichten!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Gratulation zur Punktlandung! Das muss man heute wirklich vermerken. – Das Wort hat der Kollege Oliver Krischer für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

**Oliver Krischer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde, es ist wichtig, hier in der Debatte einmal zu sagen, dass es ein Riesenerfolg ist, dass Deutschland frei von Agrogentechnik ist.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der SPD – Max Straubinger [CDU/CSU]: Das haben wir aber nicht den Grünen zu verdanken!)

Diesen Erfolg, meine Damen und Herren, gäbe es nicht ohne das Gentechnikgesetz, ohne das von Renate Künast geschaffene Standortregister. Das ist die Grundlage dafür, dass wir in diesem Land keine Agrogentechnik haben.

**Oliver Krischer**

- (A) (Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Max Straubinger [CDU/CSU]: Eben nicht! Künast hat sich auf der EU-Ebene genauso enthalten!)

Ich freue mich, dass das, was Grüne vor zehn Jahren vertreten haben, in der Politik inzwischen weitgehender Konsens ist.

Wenn man einmal in die Wahlprogramme, in die Regierungsprogramme schaut, dann muss man zur Kenntnis nehmen: Viereinhalb von fünf Parteien in diesem Haus wollen keine Gentechnik, wollen keine Agrogentechnik. Im Koalitionsvertrag findet sich eine eindeutige Aussage dazu. Man kann sie nur so verstehen, dass Sie selbstverständlich nichts zulassen wollen.

Jetzt passiert aber das Verrückte: Deutschland enthält sich in Brüssel bei der Abstimmung über den Genmais 1507 und ermöglicht so seine Zulassung.

(Claudia Roth [Augsburg] [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Geht gar nicht! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Unmöglich!)

Meine Damen und Herren, ich hätte erwartet, dass Sie für Mehrheiten kämpfen, dass Sie das, was in Deutschland Realität ist, europaweit möglich machen. Aber davon habe ich überhaupt nichts gemerkt.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Drobinski-Weiß, es ist ja schön, dass Sie hier die Kämpferin gegen Gentechnik mimen. Ich hätte mich gefreut, wenn Sie hier so ehrlich gewesen wären wie im *ARD-Morgenmagazin*. Dort haben Sie gesagt, wie es wirklich ist – ich zitiere –: „Die Kanzlerin will den Genmais.“

- (B) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja! – Zuruf von der CDU/CSU: Das ist falsch!)

Damit haben Sie zugegeben, dass es völlig egal ist, was in Wahlprogrammen, in Parteitagebeschlüssen oder im Koalitionsvertrag steht. Am Ende zeigt Mutti, wo der Hammer hängt, und am Ende entscheidet sie: Wir wollen Gentechnik in Europa.

(René Röspel [SPD]: Da gibt es eine Richtlinienkompetenz der Kanzlerin! Das darf man auch nicht vergessen!)

Ich kann Ihnen von CDU/CSU und SPD nur sagen: Bei diesem Thema liegen Sie flach auf dem Boden. Das ist keine Koalition, das ist Kapitulation!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Anstatt jetzt aber zuzugeben: „Ja, allen schönen Worten zum Trotz haben wir das Thema versemelt, jetzt kommt die Zwangsbeglückung mit Gentechnik“, kommen nur Ausflüchte. Jetzt sind Opt-out-Regelungen im Gespräch, die es den Ländern ermöglichen sollen, sich herauszuwinden. Das ist aber keine Lösung, schon allein deshalb nicht, weil Pollen über große Strecken durch die Luft fliegen können und bekanntlich vor Ländergrenzen

keinen Halt machen. Sie sehen: Opt-out-Regelungen helfen uns nicht weiter. Wir brauchen ein flächendeckendes Verbot von Gentechnik. Darum müssen Sie sich kümmern.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Opt-out-Regelung und all die anderen Vorhaben, die jetzt diskutiert werden, sind nicht nur von der Sache her, sondern auch juristisch absurd. Wir wollen keinen Flickenteppich in Europa und erst recht keinen Flickenteppich in Deutschland, der entsteht, wenn jedes Bundesland seine eigenen Regelungen trifft. Das macht überhaupt keinen Sinn.

Dahinter steckt Prinzip. Das haben wir beim Thema CCS schon einmal erlebt. Auch damals standen Sie unter dem Druck, Entscheidungen treffen zu müssen. Vor Ort haben Sie dann so getan, als seien Sie die größten Kritiker. Es wurde vereinbart, dass sich die Länder von den Regelungen verabschieden können. Juristisch ist das alles wackelig. Bei der Gentechnik wird es am Ende auch so sein: Es braucht nur einer zu klagen, dann kippen die Regelungen. Dann haben Sie mit Zitronen gehandelt und dem Schutz der Verbraucher vor Gentechnik einen absoluten Bärendienst erwiesen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Thema setzt sich fort. Es geht nicht nur um Genmais 1507. Demnächst müssen wir darüber abstimmen, wie Honig gekennzeichnet werden soll. Es stellt sich die Frage: Gibt es die Möglichkeit, klar zu kennzeichnen, dass eine Honigsorte aus Pollen von gentechnisch veränderten Pflanzen hergestellt wird? Auch hier muss ich davon ausgehen, dass Sie wieder umfallen werden.

Ich mache mir die allergrößten Sorgen, wenn ich an das Freihandelsabkommen denke. Wenn Sie mit dieser Position und unter dem Druck, den die Kanzlerin ausübt, verhandeln, dann wird am Ende durch das Freihandelsabkommen der Gentechnik die Tür nach Europa geöffnet. Aber dagegen werden wir mit allem Nachdruck kämpfen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Sabine Leidig [DIE LINKE]: Wir auch!)

Ich sage Ihnen zum Schluss: Weder die Menschen in unserem Land noch die Menschen in Europa wollen Agrogentechnik auf ihren Tellern. Wir werden dagegen ankämpfen, dass die Menschen durch den Pro-Gentechnik-Kurs von Angela Merkel, der nun auch öffentlich so benannt worden ist, zwangsbeglückt werden. Vielmehr sollen sie vor Gentechnik geschützt werden. Wir wollen in Deutschland weiterhin eine gentechnikfreie Landwirtschaft und eine gentechnikfreie Ernährung.

Ich danke Ihnen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Für die CDU/CSU-Fraktion hat nun der Kollege Kees de Vries das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU)

(C)

(D)

**(A) Kees de Vries (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir sprechen heute in dieser Aktuellen Stunde auf Antrag der Grünen wieder über die Maissorte 1507, die sich vor dem Maiszünsler schützt, dessen Raupen jedes Jahr weltweit bis zu 4 Prozent der Maisernte zerstören. Dafür sorgt ein Gen, das aus dem Bakterium *Bacillus thuringiensis* stammt, kurz: BT. Ich gebe gerne zu: Es gibt eine Alternative. Man kann dieses BT-Toxin, wie es übrigens im Biolandbau praktiziert wird, auch spritzen. Dann hat man nicht das Risiko, dass auch andere Insekten und Schmetterlinge abgetötet werden.

(Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das stimmt aber nicht!)

Nebenbei bemerkt ist diese Maissorte gegen das für Maisanbau in Europa nicht zugelassene Herbizid Glufosinat resistent. Im Übrigen wird der deutsche Landwirt diese Maissorte wegen der gesetzlich geregelten verschuldensunabhängigen gesamtschuldnerischen Haftung nicht anbauen können.

(Beifall des Abg. Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU] – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch das stimmt nicht! Das wissen Sie auch genau!)

Damit ist klar, dass es hier im Grunde nicht um den Mais 1507 geht. Nein, es geht um die Frage, ob wir die Forschung an der Grünen Gentechnologie auch in Europa fortsetzen und damit die Zukunft in eigenen Händen behalten oder uns von der weltweiten Entwicklung abkoppeln und dieses Feld anderen überlassen.

**(B)** (Beifall bei der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es geht doch jetzt um eine Anbauzulassung und nicht um Forschung!)

Ich spreche mich klar und deutlich dafür aus, dass wir diese Entscheidung ausschließlich auf der Basis wissenschaftlicher Bewertungen treffen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

Natürlich sind dabei die Risiken von genveränderten Organismen abzuwägen, aber auch die damit verbundenen möglichen Chancen für die Landwirtschaft, die von Einsparungen bei den Pflanzenschutzmitteln bis hin zu sicheren Erträgen in benachteiligten Gebieten reichen. Vielleicht können wir uns die Meinung „Wir brauchen Grüne Gentechnik nicht!“ in Deutschland zurzeit leisten. Aber es gibt andere Länder, auch in Europa, und es wird andere Zeiten geben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lesen Sie einmal den Bericht zur Welt-ernährung! Lohnt sich!)

In der Position der Fraktion der Grünen kommen die Ängste hinsichtlich neuer Techniken, unbekannter Pflan-

zen oder Organismen zum Ausdruck. Diese sind sehr ernst zu nehmen, weil ein großer Teil der Bevölkerung diese Ängste teilt. Deshalb ist es wichtig, die Emotionen in dieser Diskussion herunterzufahren und uns auf verlässliche wissenschaftliche Untersuchungen zu stützen. **(C)**

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für die CSU ist es auch eine ethische Frage!)

Der US-Hersteller DuPont Pioneer hat 2001 die Zulassung durch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit, EFSA, für die Maislinie 1507 beantragt. Seitdem gab es in 2005, 2006, 2008, 2011 und 2012 Gutachten, die keine wissenschaftlichen Anhaltspunkte ergaben, dass diese Maissorte eine Gefahr für Mensch, Tier oder Umwelt ist. Die Kommission hat aufgrund dieser Unbedenklichkeitsbescheinigungen dem Antrag auf Anbau dieser Maissorte nach Maßgabe des Jahres 2012 stattzugeben. Vergessen wir aber nicht: In den letzten zwölf Jahren hatten alle die Chance, ihre Bedenken vorzutragen, gehört zu werden und den Vorschlag unter allen Gesichtspunkten zu diskutieren. Alle Argumente konnten in dieser Zeit ausführlich ausgetauscht werden.

Trotzdem: Es gab und gibt keine Mehrheit für und es gab und gibt keine Mehrheit gegen den Vorschlag der Kommission. Da es auch in unserer Koalition Meinungsverschiedenheiten gab, musste sich Deutschland logischerweise der Stimme enthalten. Das hat übrigens auch Ministerin Künast 2004 bei dem Mais MON 863 getan. **(D)**

(Beifall bei der CDU/CSU sowie der Abg. Ute Vogt [SPD] – Zuruf von der LINKEN: Was es nicht besser macht!)

Lassen Sie mich zum Schluss auf Folgendes hinweisen: Wenn wir die Menschen ehrlich informieren wollen und wenn wir die auf Emotionen basierenden Ängste abbauen wollen, dann brauchen wir eine lückenlose Prozesskennzeichnung in der Lebensmittelproduktion, aber das nicht nur für Produkte tierischer Herkunft. Nur so kann jeder die Fakten erkennen, und nur so werden wir Ängste, die gar nicht sein müssten, abbauen können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollege de Vries, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Ich gratuliere Ihnen ganz herzlich und wünsche Ihnen viel Erfolg für Ihre weitere Arbeit. Auch das sei vermerkt – viele schaffen das nicht –: Sie sind in der vorgegebenen Redezeit geblieben.

(Beifall)

Das Wort hat die Kollegin Eva Bulling-Schröter für die Fraktion Die Linke.

(Beifall bei der LINKEN)

**(A) Eva Bulling-Schröter (DIE LINKE):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! 88 Prozent der Bevölkerung hier in diesem schönen Land lehnen Lebensmittel, die genmanipuliert sind, ab.

(Beifall bei der LINKEN sowie der Abg. Ute Vogt [SPD])

Jetzt höre ich: Das wissen wir. – Dann frage ich Sie: Warum enthalten Sie sich in Brüssel? Ich muss Ihnen vorwerfen: Sie haben sich mit daran beteiligt, Sie waren zumindest mit schuld, dass jetzt dieser Genmais eingeführt wird.

Es gibt ja drei Parteien in der Koalition. Ich habe Ihr Interview sehr genau verfolgt, in dem Sie sehr armselig sagen mussten: Wir wollten ja, aber wir durften nicht. –

(René Rösper [SPD]: Das ist der Unterschied zu den Linken: Ihr wollt nicht, und ihr dürft auch nicht!)

Die CSU hat dann ein Flugblatt herausgebracht: Kein Genmais nach Bayern! – Das ist ja schön. Sie wissen, dass die Bayern natürlich auch gegen Genmais sind. Der CSU-Generalsekretär sagt dazu ein klares Nein. Ich frage mich: Warum setzen Sie sich in dieser Koalition nicht durch?

(Beifall bei der LINKEN)

Vor der Bundestagswahl hat Horst Seehofer gesagt: Mit unserer Maut setzen wir uns durch. – Dann ging es um den Koalitionsvertrag. Da hat er wieder gesagt: Wir setzen uns durch wie bei der Maut. – Ich frage mich: Warum setzen Sie sich nicht durch? Sie verteilen solche Flugblätter in Bayern, geben Presseerklärungen heraus, in denen Horst Seehofer und Marcel Huber zitiert werden, die eigentlich alle gegen Genmais sind. Ich sage den bayerischen Wählerinnen und Wählern: Die CSU ist in der Regierung und nicht in der Opposition. – Sie machen das schon seit vielen Jahrzehnten so: Schon unter Franz Josef Strauß hat man gegen die in Bonn geschimpft, dann gegen die „Preißn“ in Berlin und so getan, als sei man nicht beteiligt. Sie sind aber an der Regierung beteiligt.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Das haben die noch nicht gemerkt! – Max Straubinger [CDU/CSU]: Und zwar erfolgreich!)

Jetzt ist die Frage: Warum ist die CDU so dafür? Das fragen sich ja viele. Ich habe den Eindruck: Es ist wieder einmal ein Kotau vor den USA, ein Vorgriff auf das TTIP-Abkommen. Wenn ich mir anschau, was in den USA passiert, sehe ich, dass dort ein Gesetz verabschiedet wird, welches es den Gentechnikerherstellern ermöglicht, sich über gerichtlich angeordnete Verkaufsstops für Saatgut hinwegzusetzen. Tolle Demokratie! Es gibt dort die FDA, die Food and Drug Administration, die für den Schutz der öffentlichen Gesundheit zuständig ist. Wenn man einmal genauer hinschaut, merkt man, dass ein Großteil der Beamten dort ehemalige Führungskräfte aus Gentechnikunternehmen sind. Das ist interessant. Die Linke hat dazu schon 2006 eine Anfrage gestellt:

Auch bei uns gibt es in den Ministerien Vertreter der Pharmakonzerne. (C)

Eine Recherche der Initiativen „Kein Patent auf Leben!“ und der „Coordination gegen BAYER-Gefahren“ belegt, dass zum Beispiel Bayer, aber auch andere Konzerne zu den weltweit führenden Anbietern der Grünen Gentechnik aufgeschlossen haben. Pioneer ist der umsatzstärkste; aber die anderen Konzerne liegen dicht dahinter.

Jetzt rede ich über Patente, die in München genehmigt werden: Von rund 2 000 Patenten, die das Europäische Patentamt in den letzten 20 Jahren auf transgene Pflanzen gewährt hat, besitzt der Bayer-Konzern 206. Dabei geht es um Mais, Weizen, Reis, Gerste, Soja, Baumwolle und sogar genmanipulierte Bäume. Bayer liegt auf Platz eins, noch vor Pioneer mit 179, BASF mit 144, Syngenta mit 135 und Monsanto mit 119 Patenten. Es werden immer mehr. Es gibt dann zum Beispiel die Genmaus und das Genschwein. Wir demonstrieren immer wieder dagegen. Die Leute wollen das nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich zitiere Ruth Tippe von „Kein Patent auf Leben!“:

Bei Pestiziden und Saatgut besitzen die zehn größten Agro-Unternehmen schon heute einen Marktanteil von über 70 %. Ziel dieses Oligopols ist es, den Markt unter sich aufzuteilen und letztlich die Ernährungsgrundlagen der Menschheit zu kontrollieren. Patente auf Pflanzen und Tiere sind dabei ein zentrales Hilfsmittel. (D)

Ich sage Ihnen: Die Menschen wollen das nicht. Ich bin der Meinung, Sie sollten das endlich akzeptieren.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn Sie eine Große Koalition sind und eine 80-Prozent-Mehrheit haben: 88 Prozent der Menschen in Deutschland wollen das nicht. Da nutzt das, was Sie jetzt alles fordern, nichts.

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Ach ja? Haben Sie alle 80 Millionen gefragt? Was maßen Sie sich eigentlich an, für alle anderen zu entscheiden?)

– Sie können mir ja eine Frage stellen, wenn Ihnen das nicht passt. Wen bzw. welchen Konzern vertreten Sie?

(Heiterkeit und Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Ich möchte Ihnen jetzt noch etwas vorlesen: die Eidesformel des Bundespräsidenten, des Bundeskanzlers und der Bundesminister:

Ich schwöre, dass ich meine Kraft dem Wohle des deutschen Volkes widmen, seinen Nutzen mehren, Schaden von ihm wenden ... werde.

Ich sage Ihnen: Tun Sie das endlich!

(Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Oh ja! Das müssen Sie gerade sagen!)



**Eva Bulling-Schröter**

(A) Einen Schaden durch Gentechnik wollen wir nicht.

(Beifall bei der LINKEN)

Ich habe Ihnen hier einen Biomais mitgebracht. Wir wollen solchen Mais, aber nicht den, den Sie wollen – im Interesse der Konzerne, die Sie vertreten, und ihrer Profite.

(Beifall bei der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN – Franz-Josef Holzenkamp [CDU/CSU]: Guten Appetit!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat der Kollege Dr. Matthias Miersch für die SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD)

**Dr. Matthias Miersch (SPD):**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in dieser Frage einen offenen Dissens innerhalb der Bundesregierung.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und die SPD hat verloren!)

Wir haben, Frau Kollegin Lemke, eine Erfahrung gemacht, die auch Ihnen, glaube ich, nicht ganz fremd ist, wenn man politische Verantwortung übernimmt. Ich glaube sogar, Sie waren damals, als es um die Novellierung des Gentechnikrechts ging, Berichterstatterin, und ich war als Sachverständiger im Deutschen Bundestag.

(B) Ich habe den Eindruck, bei den damaligen Entscheidungen wollten die Grünen andere Regelungen.

(Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hat die SPD damals nicht auch schon verloren? – Oliver Krischer [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da stand die SPD ganz woanders!)

Aber Sie waren in Verantwortung, und Sie mussten Kompromisse schließen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit der SPD, Kollege Miersch!)

– Mit der SPD. Trotzdem finde ich, wir haben ein Gentechnikrecht – eben haben Sie es noch gelobt –, das richtig klasse ist. Darauf können wir auch stolz sein.

(Beifall bei der SPD – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Heißt das also, wenn die SPD die Regierung führt, dann ist sie für Gentechnik, und wenn sie der kleinere Partner ist, dann ist sie dagegen? Das ist doch Heuchelei!)

Was ich sagen will, ist: Wenn man politische Verantwortung übernimmt, dann kann man sich in bestimmten Punkten durchsetzen. Aber es gibt eben auch Themen, bei denen man sich vielleicht nicht durchsetzen kann. Dann muss man um den besten Weg ringen, Herr Hofreiter; dazu lade ich Sie ein. Denn eines steht fest:

Wir haben in den Koalitionsvertrag hineingeschrieben, dass die unterzeichnenden Parteien die Vorbehalte des Großteils der Bevölkerung gegenüber der Grünen Gentechnik anerkennen. (C)

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja! Es wäre schön gewesen, wenn Sie das auch gemacht hätten!)

Ich kann nur sagen, liebe Kolleginnen und Kollegen: Als Abgeordneter des Deutschen Bundestages kann ich es nicht akzeptieren, wenn sich die Bundesregierung bei einer zentralen Zulassungsfrage enthält. Das ist keine Haltung.

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Koalitionskrise! – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie hat denn die SPD abgestimmt, als wir das Thema im Bundestag hatten? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat denn damals mit Ja gestimmt?)

Ich glaube, dass es legitim ist, dass der Ball dann, wenn sich die Bundesregierung nicht verständigen kann, wieder beim Parlament liegt, dass wir dann offen darum ringen müssen, was es für uns heißt, dass wir die Vorbehalte anerkennen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben unseren Antrag damals abgelehnt! – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wie haben Sie denn im Bundestag abgestimmt, Herr Miersch?) (D)

Ethische Fragen sind die Sternstunden des Parlaments. Deswegen, Herr Hofreiter:

(Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, wie haben Sie denn nun hier im Parlament abgestimmt? – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Der ist schon bei Schwarz-Grün!)

Ich lade Sie ein – das wäre meine Bitte –, dass wir gemeinsam überlegen, wie wir eine solche Situation künftig verhindern können.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hätten Sie anders abstimmen müssen!)

Ich bin fest davon überzeugt, dass von dieser Brüsseler Entscheidung ein Signal ausgehen wird und wir in den nächsten Wochen mehrere Anträge auf Zulassung bekommen werden.

(Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Richtig!)

Ich möchte diese Debatte nicht vor dem Hintergrund eines Antrags der Grünen, der Linken, der SPD oder der CDU/CSU führen – denn dann müssten wir alle wieder in unsere Gräben –,

**Dr. Matthias Miersch**

- (A) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ach, das hat doch damit gar nichts zu tun! Lasst uns das doch sachorientiert machen!)

vielmehr ist mir diese Frage so wichtig, dass ich Sie – alle zusammen – einladen möchte, Herr Ebner, gemeinsam mit uns nach einer Lösung zu suchen. Bei den Biopatenten haben wir das zusammen geschafft.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Richtig! Das war gut!)

Lassen Sie uns in den nächsten Wochen überlegen, ob wir hier eine breite Debatte über die Fragen der Ethik hinbekommen, auch über die Fragestellung, die Herr de Vries angesprochen hat. Ich habe dazu eine völlig andere Meinung, auch aus anwaltlicher Erfahrung: zum Beispiel in dem Fall, dass Landwirt gegen Landwirt steht.

Ich möchte mit Ihnen gerne über eine Konsultationspflicht reden: dass dann, wenn man sich innerhalb der Bundesregierung nicht verständigen kann, das Parlament zumindest befragt werden muss. Ich bin mir sicher: Jeder von uns hat eine Haltung, und zwar keine Enthaltung, sondern eine klare Position: ja oder nein. Diese Debatte wünsche ich mir, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch Augenwischerei! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben das Parlament befragt!)

- (B) Ich bitte die Bundesregierung darüber hinaus, Frau Staatssekretärin, zu prüfen, ob die Gründe, die Ministerin Aigner damals bei der Maissorte MON 810 angeführt hat, nicht auch jetzt zutreffen: ob die Gesundheitsrisiken nicht derart massiv sind, dass man für ein nationales Anbauverbot plädieren muss.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aber Sie machen keine Debatte!)

Das Dritte, was ich mir von dieser gruppenübergreifenden Debatte wünsche, ist ein Diskurs darüber, wie wir die europäische Rechtsetzung zukünftig mit beeinflussen wollen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn ihr nicht einmal diese Abstimmung hinkriegt?)

Ich glaube, dass man über eine Opt-out-Klausel, wie sie die CSU, aber auch SPD-Agrarminister wie Till Backhaus jetzt ins Spiel bringen, zumindest debattieren muss, wenn die Zulassung auf europäischer Ebene in die Hose gegangen ist.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da hättet ihr doch was gestalten können!)

Diese Debatte, Herr Ebner, wünsche ich mir. Ich glaube, wenn wir sie in diesem Haus sachlich führen, werden wir dem großen Thema „Gentechnik in der freien Natur“ gerecht.

(C) Ich lade alle ein, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zum Gentechnikgesetz einmal zu lesen. Ich bin mir sehr sicher: Uns allen wird bewusst, dass es ähnlich wie in der Debatte über Stammzellen oder über das Klonen um urethische Fragestellungen geht, die wir in diesem Parlament dringend diskutieren müssen, wenn wir unserer Aufgabe als Abgeordnete gerecht werden wollen. Wir können uns bei dieser wichtigen Frage nicht enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU, der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege Artur Auernhammer hat nun für die CDU/CSU-Fraktion das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Artur Auernhammer (CDU/CSU):**

Verehrte Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nachdem ich diesem Hohen Hause jetzt acht Jahre nicht angehört habe, mache ich heute eine Feststellung: Die Sachkenntnis in manchen Redebeiträgen von den Grünen hat nicht zugenommen, im Gegenteil: Sie hat abgenommen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auweia! – Dr. Kirsten Tackmann [DIE LINKE]: Dann machen Sie es mal besser! – Alexander Ulrich [DIE LINKE]: Herr Oberlehrer! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist ja spannend, was jetzt an Sachkenntnis kommt!)

(D) Im Jahre 2004/2005 hat in Deutschland flächenmäßig der größte Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen stattgefunden. Wer war damals in der Regierungsverantwortung, wer war damals Bundeslandwirtschaftsministerin? Mir fällt der Name gerade nicht ein. Vielleicht können Sie mir weiterhelfen.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU – Renate Künast [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wer hat MON 810 zugelassen? – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was wollen Sie damit jetzt beweisen? – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist Sachkenntnis pur, Herr Kollege!)

Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren: Kehren wir zurück zur Sachlichkeit! Kehren wir zurück zum Thema: zur eigentlichen Gentechnik. Bei der Gentechnik haben wir eigentlich drei Themenbereiche:

Bei der sogenannten Roten Gentechnik geht es darum, Krankheiten zu heilen. Sicherlich ist keiner von Ihnen dagegen, Schlaganfallpatienten, Krebskranken oder Zuckerkranken zu helfen oder sie zu heilen.

**Artur Auernhammer**

- (A) (Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Darüber reden wir heute gar nicht! – Steffi Lemke [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt werfen Sie alles in einen Topf! – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Genmais ist Rote Gentechnik? Was ist das für eine Sachkenntnis? Ich dachte, wir wollen mit Sachkenntnis diskutieren! Bei Genmais geht es nicht um Weiße Gentechnik!)

Es besteht sicherlich Einigkeit in diesem Hause: Wir wollen bei der Roten Gentechnik weiterkommen.

Bei der sogenannten Weißen Gentechnik müssen wir feststellen, dass davon schon sehr viel in unseren Lebensmitteln enthalten ist. Dass viele Verarbeitungsprozesse durch die Weiße Gentechnik unterstützt werden, ist, glaube ich, auch bekannt.

An der Grünen Gentechnik scheiden sich jetzt die Geister. Warum? Weil es bei der Grünen Gentechnik jetzt um den Schritt raus aus dem Labor, raus aus der Forschung, hin aufs freie Feld geht. Da müssen wir – darüber sind wir uns in diesem Hause wahrscheinlich noch nicht ganz einig – besonders achtgeben.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine Rede mit dem Wort „Sachkenntnis“!)

Wobei ich gleichzeitig sagen muss: Zulassung bedeutet nicht gleich Anbau.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Aha!)

- (B) Wir haben, nicht nur in Süddeutschland, eine sehr klein strukturierte und damit vielfältige Agrarstruktur – mit bäuerlichen Familienbetrieben – und auch sehr vielfältige Vermarktungsstrukturen. Auf der Grünen Woche haben wir gerade wieder erlebt, wie vielfältig unsere Landwirtschaft in Deutschland sein kann. Diese zu erhalten und zu fördern, ist auch Aufgabe der Politik.

Vieles haben wir in Deutschland den Naturwissenschaften zu verdanken. Wir sind ein Volk der Dichter und Denker. Wir sollten uns aber auch fragen: Müssen wir all das tun, was die Naturwissenschaften ermöglichen? Brauchen wir in dem einen oder anderen Bereich nicht auch ethische Leitplanken? Dazu, dieses zu diskutieren, lade ich Sie ein.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Oh! Sachkenntnis!)

Ich selbst kann Ihnen als praktizierender Landwirt sagen, dass mir der Anbau gentechnisch veränderter Organismen auf meinem Feld nichts nutzt.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eben!)

Denn wenn über 80 Prozent der deutschen Bevölkerung – ob es 80 oder 85 Prozent sind, ist zweitrangig –, also die große Mehrheit, sagen: „Wir wollen keinen Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen in Deutschland“, kann ich als Landwirt doch nicht etwas produzieren, was der Verbraucher mir nicht abkaufen will.

- (C) (Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU und der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie nicht, aber andere tun es dann!)

Stellen Sie sich einmal vor: Die deutsche Automobilindustrie würde etwas produzieren, was niemand kaufen will.

(Ute Vogt [SPD]: Das passiert zuweilen!)

Ich als Landwirt stehe ja am Beginn der Wertschöpfungskette. Das möchte ich hier auch noch betonen. Vorrangig der Landwirt und Produzent sollte für diese Arbeit honoriert werden – und nicht irgendwelche Konzerne, die vielleicht in Nordamerika sitzen.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam nach Lösungen suchen, um mit der Gentechnik verantwortungsbewusst umzugehen.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was heißt „verantwortungsbewusst“?)

Dazu zählt für mich eine wirklich umfangreiche Kennzeichnung aller GVO-Produkte. Hier sollten wir gemeinsam nach einer europäischen einheitlichen Kennzeichnung suchen. Schließlich soll letztendlich der Verbraucher entscheiden dürfen, was er einkauft. Aber auch der Verzicht auf die Nutzung von Gentechnik in Deutschland gehört für mich dazu.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr schön!)

- (D) Die Initiativen für gentechnikfreie Anbauregionen sind deshalb zu begrüßen. Ich hoffe, wir erreichen die sogenannte Opt-out-Lösung und werden in Zukunft hier in Deutschland, wie bisher auch, gentechnikfrei bleiben können.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die Hoffnung stirbt zuletzt, Herr Kollege! Sie müssen auch was dafür tun!)

Ich lade Sie deshalb nochmals dazu ein, mit der nötigen Sachkompetenz gemeinsam nach Lösungen zu suchen – auch die Kolleginnen und Kollegen der Grünenfraktion. Es geht um das Wohl des deutschen Volkes und auch um das Wohl der deutschen Bäuerinnen und Bauern.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU und der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Eine von Sachkompetenz geprägte Rede!)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Der Kollege René Rösper hat für die SPD-Fraktion das Wort.

(Beifall bei der SPD)

**René Rösper (SPD):**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Jahrzehnte haben Bäuerinnen und Bauern

**René Rösper**

(A) – Ökobauern wie konventionelle Landwirte – dann, wenn der Maiszünsler ihr Maisfeld befallen hat, auf ein Mittel zurückgreifen können, das sich Bt-Toxin nennt. Das ist das Proteingift aus einem Bodenbakterium, das in einer inaktiven Form ausgebracht werden kann. Wenn es von den Schadinsekten aufgenommen wird, wandelt es sich im Verdauungstrakt in eine aktive Form um und führt dazu, dass der Schädling stirbt. Das nicht verbrauchte Toxin wird über Sonnenlicht und anderes degradiert, also unschädlich gemacht.

Das hat lange Jahre funktioniert. Irgendwann kamen kluge Wissenschaftler auf die Idee, sich zu fragen: Wie wäre es, wenn wir aus dem Bodenbakterium das Gen für dieses Gift herausnehmen und zum Beispiel in eine Maispflanze einbauen, mit dem Vorteil, dass diese Maispflanze dieses Gift dann ständig produziert? – Das ist in der Tat wissenschaftlich hoch spannend und funktioniert – jedenfalls mit unterschiedlichen Auswirkungen –, hat aber eben nicht nur Vorteile, sondern auch eine Reihe von Nachteilen:

Die aktive Form dieses Giftes wird während der gesamten Vegetationsdauer permanent in der Pflanze produziert. Es wird nicht nur von Schadinsekten aufgenommen, sondern auch Nützlinge – sogenannte Nichtzielorganismen – nehmen dieses Gift auf. Dadurch, dass das Gift permanent produziert wird, ist natürlich die Gefahr sehr groß, dass Resistenzen entstehen, und die Wahrscheinlichkeit dafür wird sogar immer größer.

(B) Es gibt also eine Reihe von Fragezeichen, die sich mit dieser Technologie in Verbindung bringen lassen.

Herr Auernhammer, Sie haben von Wissenschaftlichkeit gesprochen. Ich nehme diesen Ball auf. – Es gibt eine ganze Reihe von Studien – wir haben das in den letzten Jahren immer wieder diskutiert –, die die Unbedenklichkeit dieses Maises bzw. dieser Technologie darlegen. Meistens werden diese übrigens von Unternehmen, die dahinter stehen, finanziert und sehr gut ausgestattet. Sagen wir einmal so: Das ist mittlerweile ein recht hoher Stapel.

Aber es gibt eben auch wissenschaftliche Arbeiten, die das in Zweifel ziehen, in denen Bedenken geäußert werden, ob das unproblematisch ist, oder in denen gefragt wird: Was passiert eigentlich, wenn nach einer solchen Vegetationsperiode das Gift immer noch im Boden vorhanden ist und nicht abgebaut wird? – Das ist vielleicht ein etwas kleinerer Stapel, weil dies die Ergebnisse meist öffentlich finanzierter Forschung sind. Wir haben in den letzten Jahren gemeinsam versucht, zu erreichen, dass diese kritische Forschung stärker berücksichtigt wird.

Aber dann hat man eben zwei unterschiedliche wissenschaftliche Positionen. Mir ist es noch nicht gelungen – ich beobachte die Szene relativ gut –, eine eindeutige wissenschaftliche Positionierung herauszufinden. Dann sage ich an dieser Stelle – weil es eben eine politische Entscheidung geben muss –: Politik muss eine Entscheidung treffen, wenn wissenschaftlich nicht eindeutig ist, was passiert.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und der LINKEN)

(C)

Die SPD hat diese Entscheidung vor vielen Jahren getroffen, nämlich vor dem Hintergrund folgender Frage: Was passiert eigentlich, je nachdem, wie wir uns entscheiden? Wenn wir jetzt den Anbau zulassen und wir in 20 Jahren feststellen, dass tatsächlich Probleme auftreten, ist es nicht mehr umkehrbar. Dann sind diese Pflanzen „draußen“. Das wäre dann so wie bei der Atomenergie: Wir werden zeit unseres Lebens und darüber hinaus im Atomzeitalter leben.

Vor diesem Hintergrund – da gebe ich Matthias Miersch völlig recht – sage ich: Angesichts der Tatsache, dass wir hier Entscheidungen treffen müssen, bei denen es nicht möglich ist, sie in der nächsten Legislaturperiode oder vielleicht zwei Generationen später wieder rückgängig zu machen, hat sich die SPD – und übrigens nicht nur sie, sondern auch die Grünen und die Linken – dafür entschieden, diesen gentechnisch veränderten Pflanzen in Deutschland noch keinen Raum zu geben.

Diese Haltung hat eben auch Auswirkungen in der Abstimmung der SPD-geführten Ministerien innerhalb der Bundesregierung. Das Wirtschaftsministerium unter Sigmar Gabriel hat bei der Zulassung des Genmais mit Nein gestimmt. Das Umweltministerium unter Barbara Hendricks hat bei der Zulassung des Genmais mit Nein gestimmt. Und das Justizministerium, auch SPD-geführt, hat ebenfalls Nein gesagt. Die Position der SPD ist also ziemlich klar. Wir sind für diese Haltung auch in diesem Hause als „gentechnikfeindlich“ und „Technikgegner“ jahrelang beschimpft worden; wie auch immer.

(D)

Interessanterweise hat auch das CSU-geführte Landwirtschaftsministerium mit Nein gestimmt, gegen die Zulassung. Ich hätte heute gerne eine Begründung dafür gehört, aber diese habe ich leider nicht vernommen. Aber immerhin: Es war ein Nein.

Jetzt haben aber Kanzleramt und alle CDU-geführten Ministerien wie das für Gesundheit und das für Forschung mit Ja gestimmt. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Grünen und von den Linken, wären Sie an unserer Stelle, wäre es genauso gekommen,

(Zuruf vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:  
Nein!)

mit einer Ausnahme: Da eure Fraktionen kleiner sind, hätte es nicht aus drei Ministerien ein Nein gegeben, sondern vielleicht nur aus zwei, weil ihr nicht so viele Ministerien gehabt hättet.

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD – Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Am Ende entscheidet die Kanzlerin!)

Aber am Ende ist nach der Gemeinsamen Geschäftsordnung der Bundesministerien auf europäischer Ebene eine Enthaltung herausgekommen. Das finden wir sehr bedauerlich und schlecht. Ich hätte mir auch ein deutliches Wort der Kanzlerin im Sinne der Richtlinienkompetenz gewünscht: Will sie nun gentechnisch veränderte Pflanzen zulassen oder nicht?

René Rösper

- (A) (Beifall bei der SPD – Dr. Anton Hofreiter [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch deutlich!)

Da mogelt man sich ein bisschen durch; das muss ich so sagen.

Deswegen kann ich Ihnen versprechen, dass wir uns als SPD weiterhin auf diesem Kurs bewegen und versuchen, alles dafür zu tun, dass gentechnisch veränderte Pflanzen in Deutschland nicht angebaut werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Das Wort hat die Kollegin Rita Stockhofs für die CDU/CSU-Fraktion.

(Beifall bei der CDU/CSU)

**Rita Stockhofs (CDU/CSU):**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Warum beschäftigen wir uns so intensiv und so gegensätzlich mit diesem Thema? Sicherlich tragen Umfragen wie die von Greenpeace ihren Teil dazu bei. Das Resultat: 88 Prozent der deutschen Bevölkerung sind gegen genmanipulierte Pflanzen in unserem Land;

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Da gibt es auch andere, nicht nur von Greenpeace!)

- (B) das haben die Kollegin von der Linken und auch andere vorhin schon erwähnt.

Wie kam es zu diesem Ergebnis? Bei den Antwortmöglichkeiten gab es „Ja“, „Nein“, „Weiß nicht“. Viele von Ihnen haben sicherlich häufiger E-Mails in Ihrem Postfach, in denen zur Teilnahme an solchen Umfragen aufgefordert wird. Ich weiß nicht, wie Sie sich da verhalten – ich antworte nur dann, wenn ich meine Antwort begründen kann, weil ich finde: Alles andere ist unseriös.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Nichtsdestotrotz ist es so, dass viele Menschen diesem Thema gegenüber kritisch sind. Woran liegt das? Viele Menschen sind unsicher. Woher kommt diese Unsicherheit? Wenn bei der Berlinale der Film *Tante Hilda!* gezeigt wird, der eine manipulierte Pflanze zeigt, die eigentlich der Bekämpfung des Welthungers dienen soll, dann aber zu einer Umweltkatastrophe beiträgt, schürt das Ängste.

(Harald Ebner [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lassen Sie doch gleich den Herrn Kosslick verhaften!)

Ist es demgegenüber nicht besser, wenn wir sachlich fundierte Argumente bringen, um diese Unsicherheiten und Ängste zu nehmen?

Wenn dann noch der Vergleich mit der Atomenergie kommt, macht das die ganze Geschichte natürlich nicht besser. Es gibt über 1 000 wissenschaftlich fundierte

Studien, die belegen, dass weder für Mensch und Tier noch für die Umwelt Risiken bestehen, wenn genveränderte Pflanzen angebaut oder konsumiert werden. Selbst das Verdauungssystem der Bienen ist analysiert worden, und sogar darüber gab es keine negativen Erkenntnisse. (C)

Bereits seit 18 Jahren wird Gentechnik von Landwirten genutzt. Weder ein Mensch noch ein Tier oder die Natur sind in dieser Zeit dadurch zu Schaden gekommen. Auch Herr Ebner kennt sicherlich niemanden, der dadurch zu Schaden gekommen ist. Die wenigsten Menschen wissen, dass sie regelmäßig Produkte konsumieren, die gentechnisch veränderte Bestandteile enthalten, und das, obwohl wir eine Kennzeichnungspflicht haben.

Lebensmittel von Tieren, die mit gentechnisch verändertem Futter gefüttert werden, müssen nicht gekennzeichnet werden, und zwar deswegen, weil keine gentechnischen Veränderungen festgestellt werden können. Forscher aus München haben zwei Jahre lang Kühe mit gentechnisch verändertem Mais gefüttert, in der Milch aber keine gentechnischen Veränderungen festgestellt. Somit findet auch hier keine Kennzeichnung statt.

Über 80 Prozent des Sojas, das weltweit hergestellt wird, ist gentechnisch verändert. Da Soja ein wichtiger Proteinlieferant ist, ist es Bestandteil nahezu jeder Fütterung von Schweinen. Auch in der Rinderhaltung wird es regelmäßig eingesetzt. Zur Geflügelhaltung, in der das nicht gemacht werden soll, ist vorgestern eine Pressemitteilung herausgegeben worden, dass gar nicht genug GVO-freies Soja zur Verfügung steht, um das Geflügel gentechnikfrei zu ernähren.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU) (D)

Wir alle essen also bereits seit Jahren genveränderte Lebensmittel, egal ob aus konventioneller Erzeugung oder aus der Biobranche. Bioanbieter nutzen häufig die CMS-Technik. Dabei werden nützliche Gene zwischen Arten transferiert. Biochicorée enthält beispielsweise die Erbsubstanz der Sonnenblume und Brokkoli Gene des japanischen Rettichs. Das hat nichts mit einer Wertung zu tun; das ist einfach Realität.

Enzyme, Hefen und Geschmacksstoffe werden ebenfalls gentechnisch hergestellt. Wenn wir nun die Forschung anderen Ländern überlassen, stehlen wir uns aus der Verantwortung und vertun Chancen.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es kann doch nicht sein, dass die Angst, die aus Unsicherheit und mangelnder Aufklärung entsteht, über der Vernunft steht, die auf einem fundierten Forschungsergebnis beruht. Ein Artikel aus der *Zeit Online* trifft den Nagel auf den Kopf mit der Aussage – Zitat –:

Es geht nicht um das Ende der Welt, es geht um eine mit 20 Jahren noch immer junge Technologie, die kritisch hinterfragt werden sollte, aber kein Grund zur Panik ist.

In der Medizin sind genveränderte Produkte mittlerweile anerkannt.

(Elvira Drobinski-Weiß [SPD]: Das ist die Rote Gentechnik!)

**Rita Stockhofe**

- (A) Das war nicht immer so. Aber durch den großen Nutzen bei der Behandlung von Krankheiten ist die Akzeptanz in den Köpfen der Bevölkerung angekommen. Als bekanntes Beispiel möchte ich Insulin nennen. Aus diesem Grund haben wir die Möglichkeit, diese Medikamente nun in Deutschland selber herzustellen und auch weiterzuentwickeln. Diese Chance haben wir in der Grünen Gentechnik nicht.

Mittlerweile gibt es gentechnisch veränderte Lebensmittel wie den Goldenen Reis, die Krankheiten vorbeugen können. Durch die Aufnahme von Vitamin A in diesen speziellen Reis können Sehstörungen und Blindheit, die in Asien häufig durch Vitamin-A-Mangel ausgelöst werden, vermieden werden.

Hier sind wir jetzt bei einem neuen Thema, dem Welthunger. Es gibt keine einheitliche Meinung, die besagt, dass der Welthunger durch genveränderte Pflanzen bekämpft werden kann. Aber die Chance dazu sollten wir uns offenhalten.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Wir in Deutschland haben Lebensmittel im Überfluss. Das ist nicht selbstverständlich, und das ist auch nicht überall so, im Gegenteil.

Abschließend möchte ich festhalten: Ich bin davon überzeugt, dass wir es uns nicht leisten können, die Gentechnik zu ignorieren, auch im Hinblick auf die rapide wachsende Weltbevölkerung. Es muss selbstverständlich sein, dass wir verantwortungsvoll damit umgehen. Dazu könnte eine neue transparente Kennzeichnungspflicht beitragen.

- (B)

Danke schön.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Petra Pau:**

Kollegin Stockhofe, das war Ihre erste Rede im Deutschen Bundestag. Wir gratulieren Ihnen dazu herzlich und wünschen Ihnen Erfolg in Ihrer Arbeit.

(Beifall)

Das Wort hat der Kollege Hermann Färber für die CDU/CSU-Fraktion.

**Hermann Färber (CDU/CSU):**

Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir alle sind uns bewusst, dass ein Großteil der Bevölkerung die Gentechnik kritisch betrachtet, dieser neuen Technologie kritisch gegenübersteht. Für mich ist ganz klar: Jeder, der für sich die Gentechnik ablehnt, hat das gute Recht dazu. Er muss sich deshalb auch gegenüber niemandem rechtfertigen. Wir als Abgeordnete aber müssen Entscheidungen für andere treffen. Deshalb haben wir auch die Pflicht, zu erklären, wie wir zu unseren Entscheidungen kommen.

Für mich können Entscheidungsgrundlagen in Fragen der Gentechnik nur wissenschaftliche Erkenntnisse sein. Wir können uns hier nicht auf Emotionen oder auf unser

- Bauchgefühl berufen. Wir brauchen eine objektive und verlässliche Grundlage. Diese bietet uns die Wissenschaft. (C)

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Wir haben in Deutschland und auch in Europa renommierte Forschungsinstitute. Ich denke an die Helmholtz-Gemeinschaft, die Max-Planck-Gesellschaft und die Fraunhofer-Gesellschaft. Sie garantieren gerade im sensiblen Bereich der Gentechnik eine verantwortungsbewusste Forschung, und zwar – das ist sehr wichtig – unter rechtsstaatlicher Kontrolle.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Es muss auch klar sein: Wer diese Forschung in Deutschland verhindert, treibt sie lediglich in andere Länder, und zwar in Länder, wo es weniger Kontrolle und Schutz gibt und wir keinerlei Einfluss darauf haben, in welche Richtung die Forschung geht und wie die dazugehörige Sicherheitsforschung aussieht.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Bei den Maissorten, die bisher zur Debatte standen, bietet die gentechnische Veränderung im Moment überhaupt keinen Vorteil bei einem Anbau in Deutschland. Bei unseren Fruchtfolgen, die wir Landwirte praktizieren, kommen wir mit den konventionellen Sorten hervorragend klar. Wie gesagt, ist der Anbau genveränderter Pflanzen schon allein wegen der Abstands- und Haftungsregelungen in Deutschland völlig unattraktiv. Ich sehe im Moment auch keine Gefahr bzw. keinen Anlass, dass dieser Anbau bei uns stattfinden wird. Ich kann es auch keinem empfehlen, schon allein deshalb nicht, weil es gar keinen Sinn machen würde. Mit anderen Worten – das sage ich Ihnen an dieser Stelle als praktizierender Landwirt –: Wir brauchen den Mais 1507 derzeit bei uns nicht. (D)

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich kann verstehen, dass ein Konzern wie Monsanto bei vielen Menschen Unbehagen auslöst. Es ist aber sachlich nicht angemessen, die Diskussion über die Gentechnik allein auf die Problematik und die Patentlizenzen von Monsanto zu reduzieren. Ich bin der Ansicht: Die Debatte über die Gentechnologie muss von der Debatte über Patentinhaber und Vermarktungswege getrennt geführt werden.

Wir brauchen in dieser Diskussion aber auch mehr Ehrlichkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Dazu gehört – das haben schon meine Vorredner gesagt –, dass wir anerkennen, wo bisher in Europa und in Deutschland Gentechnik schon eingesetzt wird. Das ist nicht nur in der Medizin und bei einem großen Teil von Geschmacksstoffen, Hefen und Enzymen der Fall, sondern auch bei Futtermitteln. Heute wurde schon gesagt: Weltweit werden 80 bzw. 81 Prozent des gesamten Sojaanbaus mit gentechnisch verändertem Saatgut durchgeführt. Seit knapp zwei Jahrzehnten – auch das muss uns bewusst sein – werden diese

**Hermann Färber**

- (A) Sojabohnen in die Europäische Union importiert; sie werden bei uns an Tiere verfüttert, und in unseren Läden finden sich Milch und Fleisch dieser Tiere. Der bekannte Schaden aus der Produktion ist gleich null.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Lassen Sie mich noch einen Satz zu diesem Thema anfügen. Es muss auch gesagt werden: Lebensmittel hier in Deutschland sind heute so gut und so sicher, wie sie es noch nie in unserer Geschichte waren. Auch das ist Ergebnis wissenschaftlicher Forschung.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Ich möchte zum Schluss kommen. Ich wünsche mir einfach eine sachliche Debatte, eine Debatte, die im Einzelfall durchaus Chancen und Risiken betrachtet. Ich habe Respekt vor jedem hier, der eine andere Ansicht hat; ich erwarte aber auch den Respekt vor meiner Position. Ich schlage Ihnen vor: Lassen Sie uns offen über die bisherige Forschung und über die bisherigen Erfahrungen aus dem Anbau diskutieren, und zwar ohne Scheuklappen, ohne Vorurteile in die eine oder andere Richtung! Lassen Sie uns dann auf wissenschaftlicher Basis verantwortbare Entscheidungen für jeden Einzelfall treffen! Ich freue mich auf die Gespräche mit Ihnen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

**Vizepräsidentin Ulla Schmidt:**

- (B) Herzlichen Dank, Herr Kollege Färber. Das war Ihre erste Rede. Ich gratuliere Ihnen dazu im Namen des gesamten Hauses.

(Beifall – Thomas Strobl [Heilbronn] [CDU/CSU]: Eine wohltuend sachliche Rede!)

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 6 a und 6 b auf:

- a) – Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Antrag der Bundesregierung

**Fortsetzung der Beteiligung bewaffneter deutscher Streitkräfte an der EU-geführten Ausbildungsmission EUTM Mali auf Grundlage des Ersuchens der malischen Regierung sowie der Beschlüsse 2013/34/GASP und 2013/87/GASP des Rates der Europäischen Union (EU) vom 17. Januar 2013 und vom 18. Februar 2013 in Verbindung mit den Resolutionen 2071 (2012), 2085 (2012) und 2100 (2013) des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen**

**Drucksachen 18/437, 18/603**

- Bericht des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss) gemäß § 96 der Geschäftsordnung

**Drucksache 18/616**

- b) Beratung der Beschlussempfehlung und des Berichts des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss) zu dem Entschließungsantrag der Abgeordneten Dr. Frithjof Schmidt, Omid Nouripour, Agnieszka Brugger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (C)

**zu der Abgabe einer Regierungserklärung durch die Bundeskanzlerin zum Europäischen Rat am 19./20. Dezember 2013 in Brüssel**

**Drucksachen 18/196, 18/531**

Zu dem Antrag der Bundesregierung liegt ein Entschließungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Über die Beschlussempfehlung zu dem Antrag der Bundesregierung werden wir später namentlich abstimmen.

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 38 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Damit ist so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf Sie jetzt bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Dann könnte ich die Aussprache eröffnen und den ersten Redner aufrufen.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Kollege Niels Annen, SPD-Fraktion.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

**Niels Annen (SPD):**

- Verehrte Frau Präsidentin, vielen Dank. – Meine sehr verehrten Damen und Herren! Erinnern wir uns: Vor gut einem Jahr waren islamistische Rebellen aus dem Norden Malis auf dem Vormarsch in Richtung Hauptstadt Bamako. Wären sie damals nicht durch das entschlossene Eingreifen von Frankreich am Weitermarsch gehindert worden, dann könnten wir heute nicht über die Fortschritte beim Wiederaufbau auch der staatlichen Strukturen im Norden des Landes miteinander diskutieren. (D)

(Beifall bei Abgeordneten der SPD sowie des Abg. Dr. Karl A. Lamers [CDU/CSU])

Vermutlich wäre ein weiterer afrikanischer Staat zu einem Failed State geworden und in die Hände islamistischer Rebellen gefallen.

Das ist glücklicherweise nicht eingetreten. Die Tatsache, dass sich der politische Prozess gut entwickelt hat, dass Fortschritte beim Wiederaufbau des Landes erzielt werden konnten, dass Präsidentschafts- und Parlamentswahlen stattgefunden haben und eine neue Regierung ihre Arbeit aufnehmen konnte, hat auch damit zu tun, dass die internationale Gemeinschaft Mali eben nicht im Stich gelassen hat. Außerdem hat es damit zu tun, dass wir mit EUTM Mali und mit der UN-Mission MINUSMA unsere Entschlossenheit zum Handeln demonstriert haben.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)